

**Ministerin
Theresia Bauer
im Landtag
Baden-
Württemberg
am 9. Mai 2012
zu TOP 4
„KIT-Gesetz“**



Momentaufnahme
als sie auf die Demonstration (Bild unten) für die
Zivilklausel vor dem Landtag eingeht und aus dem
verteilten blauen Faltblatt (*) zitierend über den
angekündigten Widerstand gegen KIT als **„zivil-
militärisch-industriellen Forschungskomplex“**
spricht. Die „Kriegsgegner“ werden schätzungsweise
bald darauf zurück kommen.



(*) Das farbige Original des Faltblatts ist als Anlage beigefügt
(schwarz-weiß-Druck auf blauem Papier, DIN A3 gefaltet auf A4)

FÜR FRIEDLICHE HOCHSCHULEN Mahnwache am 9.5. bei Stuttgarter Landtag

Wahlversprechen einhalten!! Zivilklausel für KIT und LHG! Gegen Atom- und Waffenforschung!

Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und die DFG-VK Baden-Württemberg rufen für den 9. Mai 2012 ab 8.30 Uhr zu einer Mahnwache vor dem Landtag Baden-Württemberg auf. Treffpunkt: Staatstheater Stuttgart. Sie protestieren gegen die geplante Beschlussfassung für ein Weiterentwicklungsgesetz des Karlsruher Instituts für Technologie KIT ohne Zivilklausel an diesem Tag im Landtag. Damit werde die verfehlte Konzeption der abgewählten Landesregierung für das 2009 errichtete KIT im Wesentlichen fortgeführt und ein Grün-Rotes Wahlversprechen gebrochen.

Die früheren Oppositionsparteien hatten anlässlich der Errichtung des KIT als Zusammenschluss der Universität und des Forschungszentrums Karlsruhe die Zivilklausel „**Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.**“ für das KIT-Gesetz beantragt. In ihren Wahlprogrammen hatten beide Parteien die Friedensbindung durch eine gesetzliche Zivilklausel für KIT und alle Hochschulen des Landes versprochen. KIT ist aber zu einem weitgehend mitbestimmungsfreien Selbstbedienungsladen für Wirtschaft und Militär entwickelt worden. Am KIT wird Rüstungsforschung betrieben, zum Beispiel an Kriegsdrohnen. Ein Offener Brief an die Grün-Roten Abgeordneten mit Erinnerung an das Wahlversprechen wurde ignoriert. Unbeeindruckt vom Ausstiegsbeschluss wird an der Forschung für Atomreaktoren der IV. Generation festgehalten. Die Wochenzeitung KONTEXT hat gerade am Beispiel Pakistan an den umstrittenen atomtechnologischen Wissenstransfer des früheren Kernforschungszentrums erinnert, womit die Notwendigkeit der Zivilklausel erneut unterstrichen wird.

„Diese Ignoranz und Unsensibilität von KIT und der neuen Landesregierung sind schädlich für das demokratische Gemeinwesen“, sagt Dietrich Schulze von der Initiative dazu. Der Widerstand gegen einen sich entwickelnden zivilmilitärisch-industriellen Forschungskomplex KIT werde fortgesetzt. **„Unsere Forderung nach Einhaltung der Wahlversprechen bleibt auf der Tagesordnung: Zivilklausel in das KIT-Gesetz JETZT und für alle Hochschulen per Landeshochschulgesetz LHG!“**



**Transparent am 1. Mai 2012 zur Kundgebung
an der Seebühne im Stadtgarten Karlsruhe**

Aktionen gegen Rüstungsforschung und für die Zivilklausel gibt es bereits an drei Dutzend Hochschulen. Eine bundesweite Aktionswoche vom 1. bis 8. Mai **„Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen“** wird ein Zeichen dafür setzen. „Die Aktion am 9. Mai in Stuttgart ist für uns mahrender Abschluss dieser Aktionswoche“, erklärt Roland Blach, Landesgeschäftsführer DFG-VK Baden-Württemberg. **„Die Bundeswehr hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen“**, so Roland Blach weiter. Dazu sind vom 24. bis 29. September bundesweit weitere dezentrale Aktionen geplant.

In Erinnerung an die Stärke der Friedensbewegung vor einem Vierteljahrhundert wird am **15./16. Juni am KIT eine bundesweite Tagung zur „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“** stattfinden. „Das gab es und das kann es wieder geben: Am 20. Oktober 1983, dem ‚Tag der Schulen und Hochschulen‘ in der damaligen Aktionswoche, zogen Schüler und Lehrer, Studenten und Professoren gemeinsam gegen Kriegsrüstung auf die Marktplätze“ resümiert Dietrich Schulze.

Kontakt: Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de 0160-99113131
Roland Blach dfg-vk@paritaet-bw.de 0177-2507286

Aktuelle Informationen:

„Die Pakistan-Connection“ in Kontext-Wochenzeitung, 2. Mai 2012:

www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2012/05/die-pakistan-connection/

„Atom- und Waffenforschung unterbinden“ in: Neue Rheinische Zeitung,

2. Mai 2012: www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17736

„Für friedliche Forschung“ in: Junge Welt, 27. April 2012:

www.jungewelt.de/2012/04-27/045.php

„Theresa Bauer besteht nicht mehr auf rein ziviler Forschung“ in: Frankfurter

Rundschau, 19. April 2012: www.fr-online.de/wissenschaft/wissenschaftsministerin-von-baden-wuerttemberg--wahlversprechen-vergessen-,1472788,14948276.htm

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

Landesverband Baden-Württemberg

Werastr. 10, 70182 Stuttgart

Fon 0711-51885601

Mobil 0177-2507286

Mail ba-wue@dfg-vk.de

Web bawue.dfg-vk.de/

Facebook

www.facebook.com/groups/DFG.bawue/

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied in der DFG-VK

<https://www.dfg-vk.de/mitglied-werden>



Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

WebDokumentation

www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Dr.-Ing. Dietrich Schulze

Mail dietrich.schulze@gmx.de

Fon 0721-385403

Mobil 0160-99113131

INITIATIVE
GEGEN MILITÄRFORSCHUNG AN UNIVERSITÄTEN

**Versammlung am 1. Mai 2012 in Karlsruhe
mit Transparent im Hintergrund (Bildmitte)**





8. Mai vor der Mensa der Uni KIT - Verteilung der Presse-Erklärung zur Lesung des KIT-Gesetzes am 9. Mai im Landtag (Transparent zur Mahnwache im Hintergrund)

Presseartikel 8. Mai zur Mahnwache

<http://www.jungewelt.de/2012/05-08/019.php> Auszug
08.05.2012



Bundesweit für Zivilklauseln
Studierende und Uni-Mitarbeiter machen Druck gegen Militärforschung
Von Michael Schulze von Glaßer

Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiter, startete die bundesweite Aktionswoche gegen Militärforschung an deutschen Hochschulen. In vielen Städten – etwa in Rostock und München – reichten sich Studierende und Universitätsangestellte in die Gewerkschaftsdemonstrationen ein, um auf ihr Anliegen ziviler und friedlicher Forschung und Lehre aufmerksam zu machen. Ziel der Initiativen ist es, eine sogenannte Zivilklausel in der Grundordnung ihrer Hochschule zu verankern. Damit würden sich die Einrichtungen verpflichten, nicht mehr für militärisch-kriegerische Zwecke zu forschen. An vielen Universitäten fanden in den vergangenen Tagen teils aufsehenerregende Aktionen statt.
Die bundesweite Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und die Deutsche Friedensgesellschaft Baden-Württemberg rufen für den 9. Mai zu einer Mahnwache vor dem Landtag in Stuttgart auf. Dort soll am Mittwoch von den Landtagsabgeordneten ein Beschluß für ein Weiterentwicklungsgesetz des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) beschlossen werden, der jedoch keine Zivilklausel vorsieht.

WELT ONLINE <http://www.welt.de/newsticker/news3/article106271679/Gruen-Rot-will-Ruestungsforschung-am-KIT-weiter-erlauben.html>

8. Mai 2012

Grün-Rot will Rüstungsforschung am KIT weiter erlauben

In der Opposition forderten die Parteien noch ein Verbot - Kriegsgegner sehen Wahlbetrug

Karlsruhe/Stuttgart (dapd-bwb). Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) darf voraussichtlich weiter für die Waffenindustrie geforscht werden. Damit wird es auch unwahrscheinlicher, dass Baden-Württemberg

als erstes Bundesland die Rüstungsforschung an sämtlichen Hochschulen gesetzlich verbietet. Friedensaktivisten werfen Grünen und SPD bereits Wahlbetrug vor.

Am Mittwoch (9. Mai) wollen sie demonstrieren, wenn der Landtag über einen Gesetz zur Weiterentwicklung des KIT entscheidet. Eine sogenannte Zivilklausel - die Rüstungsforschung ausschließen soll - fehlt in dem Entwurf. Dabei hatte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) als Oppositionspolitikerin genau diese gefordert.

Wissenschaftsministerin Bauer für Selbstverpflichtung

Inzwischen hört sich das anders an: "Es ist ein Unterschied, ob man für Zivilklauseln im Sinne einer Selbstverpflichtung eintritt, wie ich es immer bevorzugt habe, oder ob man ein Verbot durch den Gesetzgeber will", sagte Bauer im November vergangenen Jahres, rund ein halbes Jahr nach dem Antritt der grün-roten Landesregierung. Eine "gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten" lehnte sie ab.

Auch ein Sprecher der Ministerin sagte nun auf dapd-Nachfrage, Bauer habe "seit jeher betont, dass es ihr um eine Selbstbindung geht, um eine Diskussion auf Hochschulebene".

Als im Jahr 2009 die Universität Karlsruhe mit dem Kernforschungszentrum zum KIT verschmolzen wurde, wollte Bauer die Zivilklausel aber noch vorschreiben. Die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit lehnte den Antrag von SPD und Grünen jedoch ab.

Friedensaktivisten setzten daher Hoffnungen in die neue Landesregierung, fordern Vorgaben im Landeshochschulgesetz. Damit könnte Baden-Württemberg zum bundesweiten "Vorreiter" werden, wie Dietrich Schulze von der "Initiative gegen Militärforschung an Universitäten" sagt. In Bremen werde ebenfalls über die Zivilklausel diskutiert, in den übrigen Bundesländern sei Rüstungsforschung an den Hochschulen derzeit grundsätzlich erlaubt.

Umso schwerer wiegt die Enttäuschung über die Landesregierung in Baden-Württemberg. "Damit wird ein Wahlversprechen gebrochen", sagt Schulze. In der Tat können die Wahlprogramme von Grünen und SPD Hoffnung machen auf ein Verbot von Rüstungsforschung. Die Sozialdemokraten schreiben etwa: "Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen." Und bei den Grünen heißt es, sie würden die Einführung von Zivilklauseln "befürworten".

Kriegsgegner sieht "Kniefall" vor der Rüstungsindustrie

Dass die Landesregierung Rüstungsforschung am KIT nun erlauben will, erklärt sich Schulze damit, "dass die führenden Leute vor den Mächtigen aus Rüstung und Wirtschaft in die Knie gehen". Auch die Hochschulen seien unterfinanziert und würden dadurch stärker abhängig von der Waffenindustrie.

Das KIT selbst möchte in den kommenden Wochen ethische Leitlinien verabschieden, wie eine Sprecherin des Instituts der dapd sagt. "Die Leitlinien respektieren die Freiheit der Wissenschaft und appellieren gleichzeitig an die Verantwortung jedes Einzelnen." Schulze reicht das nicht. Er fordert eine verbindliche Vorgabe.

Von 1996 bis 2005 arbeitete Schulze selbst als Elektrotechniker im Kernforschungszentrum, für das eine Zivilklausel gilt. Durch die Zusammenlegung zum KIT könne Rüstungsforschung bequem an der Universität betrieben werden, die Zivilklausel werde so "ausgehöhlt und damit abgeschafft".

Am KIT gibt es laut Sprecherin gar keine "Rüstungsforschung im engen Sinne". Dass die Forschungsergebnisse "vielfältig genutzt werden können", lasse sich jedoch generell nicht ausschließen. So könnten Leichtbaumaterialien etwa für Verkehrsflugzeuge oder auch für Kampffjets verwendet werden.

Der ehemalige Forscher Schulze sieht dennoch Zeichen für Rüstungsforschung. Automatisch gesteuerte Autos seien von einem KIT-Mitarbeiter Anfang des Jahres auf einer Wehrtechniktagung vorgestellt worden. Und die Entwicklung eines Breitband-Nachrichtensystems werde vom Verteidigungsministerium finanziert.

(Antrag aus 2009: <http://url.dapd.de/EvKmQY>)



Grün-Rot will Rüstungsforschung am KIT weiter erlauben © DAPD